

## PROGRAMMABLAUF

- 10:45 Uhr:** Begrüßung und Hinweise
- 11:00 Uhr:** **Die Facetten der Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten**  
Zwei politische Einschätzungen vom *Antirassistischen Netzwerk Ba-Wü* und *Flüchtlinge für Flüchtlinge Baden-Württemberg*.
- 12:00 Uhr:** **Kontinuitäten der Ausgrenzung und Diskriminierung**  
30 Jahre Lagerpolitik in Baden-Württemberg. – Beitrag von *Aktion Bleiberecht Freiburg*  
Einstufung der Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer. Abschiebungen von Roma in diese Länder. – *Freiburger Forum Aktiv gegen Ausgrenzung*  
Berichte von Geflüchteten über Botschafts-Zwangsvorfürungen (Nigeria, Togo, Uganda, Gambia) – *Flüchtlinge für Flüchtlinge*.  
Kurzberichte über Sammelabschiebungen vom Baden-Airpark und vom Flughafen Stuttgart. – *Antira-Netzwerk*
- 13:30 Uhr:** **Sammellager und ihre ausgrenzende politische Funktion**  
Aktuelle Gesetze und ihre Einordnung. Zwei Jahre GRÜN-SPD, was hat sich verändert? Am Beispiel der Residenzpflicht und Flüchtlingsaufnahme-gesetz. – *Rechtsanwälte angefragt*.  
Berichte von Geflüchteten über ihre Aktionen und Forderungen in Baden-Württemberg. – *Flüchtlinge für Flüchtlinge Baden-Württemberg*
- 14:30 Uhr:** **Mittagspause**
- 15:30 Uhr:** **Mit Paragraphen gegen Flüchtlingsrechte**  
Gesetzentwurf zur Neubestimmung der Aufenthaltsbeendigung und des Bleiberechts. Die Inhaftierung von Geflüchteten soll erleichtert, der Familiennachzug eingeschränkt und neue Einreiseverbote eingeführt werden. – *Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*
- 16:00 Uhr:** **Dublin II und III**  
Das Dublin-Abkommen am Beispiel von Ungarn. – *Beitrag einer Vertreterin von bordermonitoring*.  
Die Fluchtgeschichte der 72 aus Ungarn kommenden afghanischen Geflüchteten. Rechtliche Aktivitäten, Proteste und Aktionen gegen ihre Abschiebung. – *Bericht eines afghanischen Geflüchteten*.
- 17:30 Uhr:** **Wie weiter? „Widerstand der Geflüchteten, Solidarität und Perspektiven“  
Abschlussdiskussion Podium**  
Diskussion einer Abschlusserklärung der Konferenz, die weitere aktive Schritte aufzeigt. – *u.a. mit Vertreter\_innen des Antira-Netzwerkes, Flüchtlinge für Flüchtlinge, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg u.a.*
- 19.00 Uhr:** **Ende**  
Nach jedem Block wird es Zeit für ergänzende Diskussionsbeiträge geben.

# ANTI RASSISTISCHE KONFERENZ

SITUATION VON GEFLÜCHTETEN  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG



BLEIBERECHT UND  
BEWEGUNGSFREIHEIT  
IST KEINE GNADE!

18. OKTOBER 2014  
STUTT GART

EVANGELISCHE KIRCHENGEMEINDE  
FRIEDENSKIRCHE STUTT GART  
FRIEDRICH JOHN - SAAL  
SCHUBARTSTRASSE 12 70190 STUTT GART

BEGINN 10:45 UHR



# AUFRUF ZUR ANTIRASSISTISCHEN KONFERENZ AM 18. OKTOBER 2014 IN STUTTGART

ORT: EVANGELISCHE KIRCHENGEMEINDE FRIEDENSKIRCHE STUTTGART FRIEDRICH JOHN - SAAL SCHUBARTSTRASSE 12 70190 STUTTGART  
(CAB KLETTPASSAGE/HBF U 14/U 9 – RICHTUNG REMSECK/HEDELINGEN – HALTESTELLE NECKARTOR)

**Abbau von Flüchtlingsrechten:** Das Bundesinnenministerium plant Gesetzesänderungen zum weiteren Abbau von Flüchtlingsrechten. Es ist beabsichtigt die Möglichkeiten zur Inhaftierung von Geflüchteten massiv auszuweiten, den Familiennachzug einzuschränken und neue Einreiseverbote einzuführen. Die in Politikerreden so gerne bemühte „Willkommenskultur“ heißt dann für viele Geflüchtete wohl eher Freiheitsentziehung und Haft.

**„Sichere Herkunftsstaaten?“** Der Bundestag hat am 3.7.2014 einen Gesetzesentwurf beschlossen, nach dem Serbien, Bosnien/Herzegowina und Mazedonien zu „Sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden mit der Folge, dass Asylanträge aus diesen Ländern ohne tatsächliche individuelle Prüfung als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden, obwohl Roma in diesen Ländern in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. Zugang zur Arbeit, Gesundheitsdiensten und Bildung nach Einschätzung von Flüchtlingsorganisationen, wie z.B. Pro Asyl, diskriminiert werden und damit das individuelle Asylrecht ausgehebelt wird. Das Gesetz muss noch durch den Bundesrat.

**EU-Außengrenzen:** Die „tödliche“ Flüchtlingsabwehr an den Außengrenzen der EU wird weiter ausgebaut. Wer es trotzdem geschafft hat die EU und die BRD zu erreichen, wird in eine Lebenssituation gezwungen, die Geflüchtete gesellschaftlich ausgrenzt, diskriminiert und unschuldige Menschen zu „Kriminellen“ macht. Flucht ist kein Verbrechen.

**Diskriminierung:** Auch unter der Grüne-SPD-Landesregierung hat sich die Situation für die Geflüchteten nicht wesentlich verändert: Abschiebungen, Lagerunterbringung, Arbeitsverbot und Residenzpflicht bestimmen den Alltag der Geflüchteten. Tatsächlich hat auch das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz für die Geflüchteten kaum etwas verändert. Der Entwurf zur Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sieht weiterhin die Sachleistungsversorgung, die

eingeschränkte medizinische Versorgung und Leistungsbeschränkungen vor. Das diskriminierende Gesetz wird nicht abgeschafft.

**Rassismus:** Gleichzeitig finden durch Regierung und Medien befördert immer neue Kampagnen zur Stimmungsmache gegen „Scheinasylanten“ und „Armutswanderer“ statt. Erfreulicherweise nimmt die Solidarisierung mit den Geflüchteten zu.

**Selbstorganisation:** Gegen die benannten Zustände der Inhumanität haben Geflüchtete in den letzten Jahren zunehmend Proteste organisiert: Infostände, Platzbesetzungen, Protestmärsche, Demonstrationen ... Auch in Baden-Württemberg gab es in verschiedenen Städten entsprechende Protestaktionen. In deren Mittelpunkt standen die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern und –heimen, die entrechtete Lebenssituation, die Gängelung und Kontrolle, das als schikanös beschriebene Verhalten von Ausländerbehörden und Heimleitungen, die Abschiebepaxis und Zwangsvorfürhungen bei Botschaften/Konsulaten der Verfolgerländer.

**Solidarität:** Wir wollen gemeinsam über die Aktivitäten und Forderungen jedoch nicht nur informieren. Wir wollen über die Formen notwendiger Solidarität und gleichberechtigter Zusammenarbeit diskutieren. Die Selbstorganisation der Geflüchteten ist wichtig und zu unterstützen. Empörung, Solidaritätsadressen, Petitionen, Geldsammlungen und Unterstützung genügen jedoch nicht. Wer für sich in Anspruch nimmt, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung einzutreten, vom Aufbau notwendiger Gegenmacht von unten spricht, muss auch die Verteidigung der Rechte der Geflüchteten als eigene politische Aufgabe und Herausforderung begreifen.

Für die Durchsetzung von Forderungen wie z.B.

**Bedingungsloses Bleiberecht**  
**Verbot von Abschiebehaft und Abschiebungen**  
**Globale Bewegungsfreiheit**  
**Gleiche soziale Rechte für alle**  
**Abschaffung des AsylbLG**  
**Aufhebung von diskriminierenden Sondergesetzen**  
**Abschaffung des Dublin-Systems**  
zu kämpfen, ist die Aufgabe von uns allen.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass die Konferenz ein erster Schritt in Baden-Württemberg ist, um unsere Fähigkeiten, Wissen und Kräfte zu bündeln und gemeinsame politische Ansätze zu entwickeln. Wir hoffen, dass das Antirassistische-Netzwerk durch Mitarbeit weiterer Gruppen und Einzelpersonen gestärkt wird.

*Antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg:*

Aktion Bleiberecht Freiburg  
Initiative Grenzenlos Karlsruhe  
Interventionistische Linke (IL) Karlsruhe  
Bündnis gegen Abschiebungen Mannheim  
Flüchtlinge für Flüchtlinge Baden-Württemberg

*Unterstützer:*

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung  
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Wer die Konferenz unterstützen möchte schicke bitte eine Mail an: [info@stop-deportation.de](mailto:info@stop-deportation.de)

Spenden bitte an:

**Antira:**

Kontonummer 36 15 26  
Bankleitzahl: 680 920 00  
Volksbank Breisgau Nord e.G.  
BIC: GENODE61EMM  
IBAN: DE75 6809 2000 0000 3615 26  
Stichwort: Konferenz

**BLEIBERECHT UND BEWEGUNGSFREIHEIT IST KEINE GNADE!**  
**SITUATION VON GEFLÜCHTETEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG - KÄMPFE, FORDERUNGEN, SOLIDARITÄT**